

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 88 846 ppbm d



Inhalt

Dr. Rolf Krumsiek, Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, wertet Bangemanns "Ausflug" in die Hochschulpolitik: "Innovativ".

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, setzt sich mit der Verschiebung der Einführung des Kfz-Katalysatoren auf 1989 auseinander: Umfall in Etappen.

Seite 3

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die jüngsten Arbeitslosen-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarktskandal.

Seite 4

Lothar Löffler MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, stellt eine historische Betrachtung an: Die deutsche Frage.

Seite 6

39. Jahrgang / 170

4. September 1984

Bangemann als "innovative Kraft"

Anmerkungen zum "Ausflug" des Wirtschaftsministers in die Hochschulpolitik

Von Dr. Rolf Krumsiek
Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen

"Das darf doch nicht wahr sein!" - Diese Reaktion drängt sich einem unwillkürlich auf, liest man die jüngst in der Illustrierten "Quick" publizierte "ungewöhnlichen Ansichten" von Bundeswirtschaftsminister Bangemann. Da wird die "Zukunftsgesellschaft und deren Arbeitsbedingungen" in geradezu halsbrecherischer Art und Weise entworfen. Die gewaltigen sozialen Probleme, die unsere Gesellschaft im Zeitalter von Mikroelektronik und Automatisierung und angesichts von über zwei Millionen Arbeitslosen bewältigen muß, werden mit verblüffender Naivität gelöst. Das Rezept heißt: "Kultur wird ein Wirtschaftsfaktor". Der erstaunte Leser bekommt auch erklärt, wie Bangemann sich das denkt.

Stichwort: Der Beruf "Shakespeare-Berater". Den denkt sich Bangemann so: "Nehmen wir an, jemand hat Shakespeare-Dramen studiert. Und der bietet jetzt Leuten an, mit ihnen zu den Schauplätzen zu fahren, an denen diese Dramen stattgefunden haben. Er fährt außerdem mit Interessenten zu einzelnen Aufführungen, erklärt ihnen den Hintergrund und den Sinn der Dramen". Oder: Der Beruf "Töpfer-Professor".

Bangemann - der Schöpfer von Arbeitsplätzen für Professoren! Bangemann - die innovative Kraft in der bundesdeutschen Hochschullandschaft, der das Lehrangebot unserer Hochschulen ganz kreativ erweitert, indem er es den schöpferischen Impulsen von Musik und Literatur öffnet!



Uns klingen noch die Forderungen von Hans-Dietrich Genscher nach privaten Elite-Hochschulen in den Ohren - und schon äußert sich der nächste FDP-Politiker auf dem Gebiet der Hochschulpolitik in einer Weise, die ans Groteske grenzt.

Glaubt die FDP, mit tagespolitischer Effekthascherei im Bildungs- und Hochschulbereich ihr politisches Tief kaschieren zu können? Und dabei sind die Freien Demokraten 1969 - damals frischgebackene Drei-Pünktchen-Partei - zur Bundestagswahl mit dem Programm angetreten, daß "für die FDP die Bildungspolitik Kernstück ihrer Gesellschaftspolitik ist". Die offene Schule war das Ziel. Sie sollte für die Schüler keine Sackgassen haben, und das Sitzenbleiben sollte der Vergangenheit angehören. Es hieß, das Bildungswesen dürfe sich nicht an kurzfristigen Bedarfserwägungen orientieren, sondern müsse die Entfaltung des mündigen Bürgers und seiner persönlichen Anlagen zum Ziel haben.

Das meiste des damals Geforderten liest sich heute wie die Programmatik einer anderen Partei. Jedenfalls hat sie nichts mehr mit der Identität der FDP des Jahres 1984 zu tun. Welcher FDP-Politiker spricht denn noch von der Notwendigkeit der Erhebung einer Berufsbildungsabgabe? Welcher FDP-Politiker würde nach der Wende noch den Satz unterschreiben: "Die Überbewertung von Noten hat sich verheerend ausgewirkt"? Welcher Politiker der FDP weiß überhaupt noch, daß die offene Schule als die liberale Form der integrierten Gesamtschule als Schule der Zukunft gefordert worden ist?

In unserer schnellebigen Zeit glauben heute führende Politiker der FDP wohl, mit ihren Programmen umgehen zu können wie mit den Meldungen und Zeitungsausschnitten der Tagespresse.

Die Programmatik einer Partei läßt sich aber nicht abschütteln wie eine lästig gewordene Jacke. Dies wird umso deutlicher, sieht man die untauglichen Versuche an, der Partei eine neue Programmatik aufzuzwingen. Einer Partei, die aus dem ehemaligen "Kernstück der Gesellschaftspolitik" einen Politikbereich macht, den man beliebig durch die Tagespresse zerren kann, der ist ihre liberale Haltung auf dem Marktplatz der Zeitgeschichte verloren gegangen.

Hat die FDP keine anderen Antworten auf die Frage, wie unsere Hochschulen die Herausforderung der geburtenstarken Jahrgänge an den Universitäten meistern sollen, welche Perspektiven unsere Gesellschaft ihren Nachwuchswissenschaftlern bieten kann? Mir ist daran gelegen, gemeinsam mit den anderen Parteien nach Lösungsmöglichkeiten der vor uns liegenden großen bildungspolitischen Probleme zu suchen.

(-/4.9.1984/ks/rs)

+ + +



Umfall in Etappen

Zur Absicht der Bundesregierung, das Katalysatorauto erst
ab 1989 verbindlich vorzuschreiben

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Bei Bundesinnenminister Zimmermann und Ministerpräsident Späth zeigt sich eine auffallende Parallelität: beide traten superforisch für die Einführung des Katalysatorautos am 1. Januar 1986 ein - beide fallen nun einer nach dem anderen um, etappenweise.

Noch fünf Jahre lang sollen alle 30 Millionen Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik, auch die Neuwagen, ihre Abgasgifte ungefiltert in die Luft blasen können: insgesamt acht Millionen Tonnen Kohlenmonoxid, Stickoxide und Kohlenwasserstoffe pro Jahr; noch fünf Jahre lang wird weder die Atemluft sauberer, noch die Belastung für den Wald geringer. Und dies, obwohl die Abgasreinigungstechnik längst vorhanden ist, obwohl sie sich seit zehn Jahren in den USA und in Japan bereits bewährt hat. Und obwohl unsere deutschen Autofirmen, ob Mercedes, BMW oder VW, ebenfalls seit zehn Jahren ihre Exportautos mit Drei-Weg-Katalysatoren ausstatten, die die Abgase um 90 Prozent entgiften.

Die Bundesregierung hat ein ganzes Jahr regelrecht verschlampt. Dennoch wäre es immer noch nicht zu spät. In den USA hat man offiziellen Angaben zufolge der Autoindustrie zwei bis drei Jahre Vorlaufzeit für die Umstellung gegeben, als die neue Technik erst erprobt werden mußte. Heute ist sie ausgereift, die ersten Katalysatorwagen für den Inlandsmarkt laufen bereits vom Band. Auch Insider bestreiten nicht, daß der 1. Januar 1986 für die deutschen Hersteller immer noch einhaltbar sei, in jedem Fall aber der 1. Oktober 1986, wenn das neue Modelljahr beginnt.

Da nur zehn Prozent der auf bundesdeutschen Straßen fahrenden Wagen aus EG-Ländern stammen, wäre der Durchbruch geschafft, wenn für deutsche Wagen und Wagen aus Nicht-EG-Ländern die Abgasreinigung verbindlich eingeführt würde.

Was jetzt zutage kommt, ist nicht nur ein kläglicher Rückzieher, sondern ein umweltpolitisch unverantwortbares Kneifen vor der mächtigen Lobby. Er hätte unabsehbare Folgen. Auch die Einrichtung eines Tankstellennetzes für bleifreies Benzin, das viele Kommunen bereits durch Zuschüsse unterstützen, würde zum Erliegen kommen, wenn nicht genügend Abnahmebedarf da ist.

Bis 1970 beginnt das großflächige Absterben des Waldes, sagen die Forstexperten. Die Frage: "Was kostet der Tod unserer Wälder?" können weder Zimmermann noch Späth beantworten. Sicher ist nur, daß die Rechnung mit jedem Jahr Verzögerung höher wird. Schon heute werden die volkswirtschaftlichen Kosten der Luftverschmutzung von der OECD auf 40 bis 70 Milliarden DM pro Jahr beziffert.

Über 80 Prozent der Bürger sind bereit, auf das umweltfreundliche Auto umzusteigen, wenn dadurch die Gefahren für den Wald und die Gesundheit gemildert werden. Es gibt keine Entschuldigung mehr für das Nichtstun der Verantwortlichen: Das Umweltauto muß ab 1. Januar 1986 kommen.
(-/4.9.1984/ks/rs)

+ + +



Die Pannenregierung und ihr allmonatlicher Arbeitsmarktskandal

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats August 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Wieder einmal gibt es den Sprachschöpfern der Bundesanstalt für Arbeit ein kleines Lob auszusprechen: Im Formulieren immer neuer Ausreden und Entschuldigungen für das unveränderte Anhalten der Massenarbeitslosigkeit in unserem Land sind sie findig.

Im Monat August 1984 ist nicht etwa die absolut mangelhafte Beschäftigungspolitik unserer Bundesregierung an der Misere schuld, sondern die "Sommerflaute". In den kommenden Monaten werden es dann wohl die "Herbstnebel", der "Winterschlaf" und die "Frühjahrmüdigkeit" sein, wenn die Arbeitslosenzahl wieder stetig über die 2,5 Millionen-Grenze auf die drei Millionen klettern wird.

Noch einmal: mit Worten können sie in Nürnberg bei der Bundesanstalt und auch in den Reihen der sogenannten Arbeitsmarktpolitiker von CDU, CSU und FDP gut umgehen, doch wie behandeln sie die Menschen, die sich hinter den Zahlen der allmonatlichen Arbeitsmarktstatistik verbergen?

Diese Bundesregierung hat in den zurückliegenden Monaten jede Woche einen neuen Skandal und eine neue Panne produziert. Es besteht nun fast die Gefahr, daß der mit (un) schöner Regelmäßigkeit wiederkehrende allmonatliche Skandal ihrer Arbeitsmarktinkompetenz darüber in Vergessenheit geraten könnte.

Und deswegen wird die SPD-Bundestagsfraktion auch künftig Monat für Monat das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese Tatsache lenken müssen. Diese Bundesregierung ist unfähig, nach dem vollzogenen Schritt von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nun den von der Dienstleistungs- zur Freizeitgesellschaft zu bewerkstelligen.

Stattdessen verharret sie teils aus ideologischer Verböhrtheit, teils aus Unvermögen in ihrer auch so bequemen Untätigkeit.

Betroffen davon waren im zurückliegenden Monat August 1984 2.201.829 Menschen. Hinzu kommen noch schätzungsweise eine Million weitere Bundesbürger, die diese Bundesregierung bereits in die Resignation getrieben hat und die sich beim Arbeitsamt nicht mehr registrieren lassen.

Die Arbeitslosenzahl blieb damit nur um 350 Fälle unter der Zahl des Juli 1984, die Arbeitslosenquote von 8,9 Prozent blieb ebenfalls auf dem Vormonatsstand. In keinem August seit Bestehen der Arbeitsmarktstatistik gab es so viele arbeitslose Bundesbürger wie in diesem Jahr, selbst der Negativrekord des Vorjahresmonats wurde noch um 5.600 übertroffen.

Und wiederum ist die saisonbereingite Arbeitslosenzahl gestiegen. Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im August 1984 auf 292.800 und ging damit um vier Prozent über die Vorjahreszahl hinaus. Dem gegenüber stehen 293.100 Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit, zwei Prozent mehr als vor einem Jahr.



Besonders prekär ist die Situation der Jugendlichen: gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl derjenigen, die aus einer betrieblichen Ausbildung kamen und sich nun arbeitslos melden mußten, um 1.900 oder zehn Prozent. Und ebenfalls gestiegen sind im Vorjahresvergleich die Arbeitslosmeldungen von Personen, die noch nicht erwerbstätig waren - hier vor allem von Abgängern aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen -; die Steigerung beträgt hier insgesamt 7.400 oder neun Prozent. So kann nicht verwundern, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren im vergangenen Monat erneut zunahm auf 183.700 (+ 13.300 oder acht Prozent gegenüber dem Vormonat). Auch der Stellenzugang blieb unter dem Niveau des Juli 1984 mit gemeldeten 124.400 offenen Stellen.

158.400 Arbeitssuchende konnten vermittelt werden, wobei von den in eine Beschäftigung über sieben Kalendertagen vermittelten Personen 71 Prozent Arbeitslose und 29 Prozent nichtarbeitslose Arbeitssuchende waren. Der Bestand an offenen Stellen hat sich um 3.900 oder vier Prozent gegenüber dem Juli deutlich verringert, er liegt aber noch um 15 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von Juli auf August um 50.200 oder 19 Prozent auf 212.100, wie gewöhnlich aufgrund der Betriebsferien in dieser Zeit. Den stärksten Rückgang konnte dabei wie erwartet die Automobilindustrie verzeichnen, doch auch in der Holzverarbeitung, der Elektrotechnik, dem Maschinenbau, dem Baugewerbe und dem metallverarbeitenden Gewerbe hat die Bundesanstalt für Arbeit starke Rückgänge festgestellt.

In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden 8.200 Arbeitslose vermittelt, das waren 2.000 oder 33 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Insgesamt erhöht sich damit die Zahl der in ABM beschäftigten Arbeitnehmer auf 81.900. Die Zahl der Arbeitslosen, die 59 Jahre oder älter sind, verringerte sich geringfügig um ein Prozent auf 105.300, das waren elf Prozent mehr als vor einem Jahr. All diesen Menschen hilft das mit viel propagandistischem Aufwand vom Bundesarbeitslosenminister präsentierte Vorruhestandsmodell nicht, sie wurden zwangsweise in die 0-Stunden-Woche entlassen.

Die Bundesregierung könnte allerdings das Los der arbeitslosen Menschen in unserem Land durch eine kleine, aber dennoch sehr wirksame Maßnahme wesentlich erleichtern: durch die Inanspruchnahme des vorzeitigen Ruhestandes durch die halbe, wenn nicht gleich gesamte Bundesregierung mit dem Kanzler an der Spitze (oder wo er sich innerhalb dieses Kabinetts zur Zeit befindet). Kompetentere Nachfolger sind für diesen Kanzler und seine Minister allemal zu finden, und dies nicht nur auf dem Gebiet der Arbeits- und Beschäftigungspolitik.

(-/4.9.1984/ks/rs)

+ + +



Zur deutschen Frage
-----**Eine historische Betrachtung**

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen
des Deutschen Bundestages

1806 legte der Habsburger Franz II. die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nieder. Das war der Schlußstrich unter einer langen Entwicklung, die vom Eigennutz und Auseinanderstreben der einzelnen deutschen Fürstentümer gekennzeichnet war. Fast ein Treppenwitz der Geschichte: Dieses Reich, dessen Name den Hinweis auf die deutsche Nation enthält, war kein Nationalstaat. Der König von Böhmen, der nicht über Deutsche herrschte, war zum Beispiel seit 1290 anerkannter Kurfürst des Reiches.

Wie immer dieses Reich bewertet werden mag, es war über mehrere Jahrhunderte der staatliche Ordnungsrahmen für das Zusammenleben der Menschen in der Mitte Europas.

Seit dieses Reich untergegangen ist, gibt es die deutsche Frage. Sie lautet über fast zweihundert Jahre hinweg gleich: Wie kann das Leben der Deutschen politisch, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich organisiert werden, damit sie sich einerseits als Nation empfinden können und andererseits von ihnen, durch die Machtfülle verleitet, keine Gefahr für den Frieden in Europa und damit für den Frieden in der Welt ausgeht? - Die Geschichte kennt mehrere Antworten.

Eine gab der Wiener Kongreß 1814/1815. Auf ihm dachte niemand an einen nationalen Bundesstaat. Österreich und Preußen nicht, weil jeder für sich eine eigene europäische Großmacht war und bleiben wollte; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht, weil sie um ihre Selbständigkeit fürchteten; Rußland, England und Frankreich nicht, weil sie sich von der Machtkonzentration unter einem einzigen politischen Willen nichts Gutes für Europa versprachen. Es kam zu dem lockeren Gebilde, Deutscher Bund genannt.

Der Gedanke der staatlichen Einheit war ein Zwillingsbruder des Liberalismus. Denn der Ruf nach Freiheitsrechten ist unteilbar. Er konnte nicht an den Grenzen deutscher Staaten haltmachen. Dieses Gefühl von Einheit und Freiheit, wie es damals die politisch und geistig fortschrittlichen Menschen erfüllte, drückt die dritte Strophe des Deutschlandliedes überzeugend aus. Einheit und Freiheit scheiterten 1849, als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ausschlug. Es blieb beim Deutschen Bund, der immerhin fünfzig Jahre den Frieden in der Mitte Europas sicherte.

Bismarck gab eine andere Antwort auf die deutsche Frage. Er schuf das Deutsche Reich unter Ausschluß Österreichs (kleindeutsche Lösung). Damit war eine politische Forderung der Deutschen erfüllt, nämlich die nach Einheit. Es gab viele Widerstände gegen diese Antwort. Besonders beim preußischen König und in den konservativen Kreisen Preußens. In ihnen wurde der Gedanke einer eigenständigen preußischen Nation gepflegt.



Bismarck war sich der außenpolitischen Problematik eines einheitlichen deutschen Staates bewußt. Das beweisen unter anderem Aufzeichnungen von ihm, die als Kissinger Diktat bekannt geworden sind. Seine Außenpolitik war nach der Reichsgründung auf die Erhaltung des Status quo in Europa und damit auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Zur Sicherung des Reiches knüpfte er ein kunstvolles Netz von Verträgen. Seine Nachfolger begriffen nichts davon. Die Hybris nationaler Überheblichkeit drang auch in die Außenpolitik ein. Der erste Weltkrieg war die Folge.

Nach diesem Krieg war die deutsche Frage geprägt von dem Willen der Deutsch-Österreicher, sich dem Reich anschließen zu wollen. Es blieb zunächst bei der kleindeutschen Lösung. Hitler provozierte schließlich eine Koalition gegen Deutschland aus den denkbar unterschiedlichen Kräften. Nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind strebten diese Kräfte wieder auseinander. An jeder blieb ein Stück von Deutschland hängen.

Die deutsche Frage, immer noch die gleiche, war damit neu gestellt. Sie darf nicht verwechselt werden mit dem Streben nach einem einheitlichen deutschen Staat. Dieser ist nur eine der möglichen Antworten. Gegenwärtig allerdings eine ziemlich unwahrscheinliche Antwort. Auf jeden Fall nicht die einzige. Frage und Antwort zu verwechseln, führt zu den Irritationen, die gegenwärtig in der deutschlandpolitischen Meinungslandschaft herrschen.

Zwei Staaten und ein Besatzungsgebiet aus zwei Teilen, nämlich Berlin, mit unterschiedlichen völker- und staatsrechtlichen Festlegungen - das ist nicht die endgültige Antwort auf die deutsche Frage.

Eine Zwischenantwort - und bisher gab es nur solche - hat die Entspannungspolitik gebracht. Bewahrung der deutschen Nation, Frieden vor Einheit, ohne auf diese endgültig zu verzichten. Die Negierung der deutschen Frage wäre auch das Ende der Politik der kleinen Schritte. Denn jeder Schritt, mag er auch noch so unbedeutend erscheinen, gibt eine Teilantwort auf die Frage, die am Anfang steht. Selbst wenn alle Politiker in beiden deutschen Staaten diese Frage für erledigt erklärten, sie wäre es nicht. Darüber entscheidet nur das deutsche Volk durch sein Fühlen, Denken und Hoffen. Und zwar das Volk in beiden deutschen Staaten. Gibt es da Zweifel, wie diese Antwort ausfallen würde? Im Übrigen: Die Hoffnung der Menschen in der DDR auf eine akzeptable Antwort dämpft Unruhe und hilft so den Frieden zu sichern.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt legte auf die Verlässlichkeit und Stetigkeit der deutschen Politik großen Wert. Nur so bliebe sie kalkulierbar. Damit vertragen sich nicht Unruhe, Spekulationen und die Absicht, den Ereignissen vorauseilen zu wollen. Das kann nur Unsicherheit bei anderen Staaten erzeugen.

Die deutsche Frage ist eingebettet in eine europäische Frage. Welche Stellung soll Europa in der Welt einnehmen, lautet sie verkürzt. Die Antwort darauf wird auch die Deutschen betreffen und ihr Zusammenleben beeinflussen. Darauf hat Hans Apel hingewiesen. Das ist von den meisten Kommentatoren nicht berücksichtigt worden. Viel Aufregung, künstliche zumeist, hätte man sich ersparen können.

(-/4.9.1984/ks/rs)

+ + +

